

ANTJE SCHUHMANN

# DEKOLONISIERUNG VON SÜDAFRIKAS UNIVERSITÄTEN

**STUDIERENDENPROTESTE DEKONSTRUIEREN GESELLSCHAFTLICHE NORMEN**

Ich habe eine Keksdose auf dem Schreibtisch, um – ganz beiläufig – Studierenden, die ins Büro kommen, Essen anbieten zu können. Kürzlich überlegte ich, das Büromobiliar um ein Schlafsofa zu ergänzen. In meinem Postgraduiertenseminar sind zwei von 15 Studierenden obdachlos, übernachten an fünf Tagen in der Woche in der 24-Stunden-Bibliothek und können sich nur eine Mahlzeit am Tag leisten. Das ist keine Ausnahme: Viele Studierende an südafrikanischen Universitäten durchsuchen Mülleimer, um über die Runden zu kommen. 50 Prozent aller Erstsemester brechen das Studium ab.

Südafrikanische Universitäten sind nominell öffentliche Einrichtungen, aber faktisch für die Mehrheit unerschwinglich teuer. Schon vor den Studierendenprotesten, die sich an der Erhöhung der Studiengebühren entfachten und seit Beginn des Jahres 2015 anhalten, hat sich die WITS (University of the Witwatersrand in Johannesburg) zu 48 Prozent aus Studiengebühren und staatlichen Geldern finanziert und damit mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets extern erwirtschaften müssen. Als Folge der Proteste und fehlenden Einnahmen werden nun noch mehr Studierende aufgenommen, keine neuen Stellen geschaffen und das Lehrdeputat erhöht. Aufgrund des Kursverfalls des südafrikanischen Rands verteuern sich importierte Güter wie Computer, Bücher etc. für Universitäten, die in besonderem Maße auf Importe angewiesen sind. Nur 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup> werden für höhere Bildungsinstitutionen ausgegeben. Rigorose Sparmaßnahmen wie die Entlassung von Arbeiter\_innen, die dann durch Subunternehmen zu schlechteren Bedingungen angeheuert werden, um als Putzkräfte, Gärtner oder Sicherheitspersonal auf dem Campus zu arbeiten, sowie die jährliche Erhöhung der Studiengebühren (2015 wurde eine Erhöhung von zehn Prozent angekündigt), erscheinen in diesem Kontext vielen als unabwendbar, zumindest wenn die Qualität der Universitäten nicht weiter abgebaut werden soll.

Die Hälfte aller Schwarzen Haushalte in Südafrika hat ein jährliches Bruttoeinkommen von 34.000 Rand. Im Durchschnitt kostet das erste Studienjahr an der WITS je nach Studienfach zwischen 30.000 und 58.000 Rand, wobei diese Summe weder Unterkunft noch Studienmaterialien, weder Lebenshaltungskosten noch Exkursionen beinhaltet. Studierende aus südafrikanischen Familien, die weniger als

122.000 Rand im Jahr verdienen, haben die Möglichkeit, einen Kredit bei der Staatlichen Finanzierungshilfe für Studierende (NISFAS/National Student Financial Aid Scheme) zu beantragen, den sie später mit Zinsen zurückzahlen müssen. Dies ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Das größte Problem aber ist die sogenannte fehlende Mitte – also Studierende aus jenen Familien, deren Einkommen gerade über dem oben genannten Limit liegt, aber nicht ausreicht, um ein Studium zu finanzieren. Es ist vor allem diese «Missing Middle», die den Protest des vergangenen Jahres getragen hat und die diesen von der anfänglichen Kritik an einer Erhöhung der Studiengebühren hin zu der Forderung nach «kostenloser Bildung für alle» radikalisiert hat.

Die Kritik wandte sich gegen die chronische Unterfinanzierung der Universitäten, die mehr und mehr zu Unternehmen umstrukturiert werden. Doch das ist bei Weitem nicht alles. Teile der Protestbewegung formulierten schon innerhalb der ersten Tage eine große Zahl von Kritikpunkten, wobei die Studiengebühren innerhalb der Analyse lediglich ein Aspekt der nicht ausreichenden Transformation der Universitäten im Post-Apartheid-Südafrika waren. Dabei ging es unter anderem um das Wiedereinstellen der prekär beschäftigten Arbeiter\_innen, die sich im Laufe des Protests aktiv mit den Studierenden solidarisiert hatten, die symbolische Ordnung auf dem Campus, die diesen nach wie vor als hegemonialen Weißen Raum definiert, die Lehrpläne, die mehrheitlich eurozentristischen Wissenssysteme und Diskurse und der überwiegend Weiße, männliche Lehrkörper. Der Protest gegen die Studiengebühren(-erhöhung) war schnell in diese Kritikpunkte eingebettet; die Stoßrichtung verschob sich teilweise weg von den Universitätsleitungen hin zur regierenden Partei des African National Congress (ANC).

## **ANALYSE DES PROTESTS UND EINFLUSS SOZIALER MEDIEN**

Die Radikalisierung lässt sich exemplarisch gut an der ersten Woche des Protests zeigen. In diesem Zeitraum entwickelte er sich von einem – von Teilen der Studierenden in ironischer Tech-Speak so genannten – Protest 1.0 zur Version 2.0. Eine kurze Chronologie ist hier hilfreich, allerdings zugleich auch problematisch, da diese Erzählung in der Regel im Oktober 2015 beginnt und den vorausgegangenen jahrelangen Protest in den Schwarzen Technicons<sup>2</sup> nicht berücksichtigt. Vielmehr macht sie ehemals Weiße Universitäten nicht nur zum Zentrum, sondern auch zum Ausgangspunkt der Bewegung. Dies ist eine Verengung der Perspektive, die von Studierenden als Reproduktion eines Privilegiensystems, in dem sie selbst gefangen sind, kritisiert wurde. WITS-Studierende argumentierten sinngemäß: «Wenn primär Schwarze Räume gestört werden, Militanz und Protest an den mehrheitlich Schwarzen Technicons ausbricht, ist das keine Nachricht mehr wert – wenn wir, mehrheitlich Schwarze Protestierende, jedoch sogenannte ehemals Weiße Institutionen besetzen, kommen wir in die Nachrichten.»

Unter dem Stichwort Dekolonisierung formierte sich Anfang 2015 die #RhodesMustFall-Bewegung an der Universität Kapstadt (University of Cape Town, UCT). Ebenso wie die WITS ist sie eine ehemals Weiße und englischsprachige Universität, die, anders als die in Pretoria oder Stellenbosch angesiedelten Weißen afrikaanssprachigen Universitäten, als liberal galt (und gilt). Der Kolonialismus, das britische Erbe, wird allgemein gern zugunsten der Apartheidsgeschichte «übersehen». Genau diese «Blindheit» aber waren die Studierenden an der UCT nicht mehr länger bereit zu tolerieren: Die nach wie vor affirmative Präsenz der prominent positionierten Statue von Cecil Rhodes wurde kritisiert und aufgrund des Protests letztlich entfernt.

Dieser Angriff auf die symbolische Ordnung in einem Land des Hungers und der Armut weiter Teile der Bevölkerung wurde kritisiert: «Gibt es nichts Wichtigeres?» Doch es ist genau die Dekonstruktion dieser Ordnung, die nach wie vor Weiße Privilegien aller Art – nicht nur ökonomische – absichert, die zum Kern der Forderungen nach Dekolonisierung von Bewegungen wie #OpenStellenbosch oder #TransformWITS wurde. Eine Ordnung, deren Fortdauern sich architektonisch, in Alltagsrassismen in Studentenunterkünften, in der akademischen Sprache, in Konzepten und Wissenssystemen ebenso ausdrückt wie in der kulturellen und sozialen Sphäre – so zum Beispiel, wenn Schwarze Schülerinnen in Gymnasien angehalten werden, ihr Haar chemisch zu glätten, da sie sonst zu «Ghetto» seien. Vor allem zeigt sie sich im stetigen Fluss rassistischer Kommentare von Weißen in den sozialen Netzwerken. Hierzu drei Beispiele aus dem Jahr 2016: die inzwischen berühmte Rentnerin Sparrow («Schwarze sind wie Affen»), der bekannte Pastor («Schwarze sind dazu da, für Weiße zu arbeiten»), der Hotelier («Wir beherbergen keine Schwarzen in diesem Bed & Breakfast»). Inspiriert von antikolonialen Bewegungen, Negritude, Panafricanismus, Black Consciousness und Denkern wie Fanon, Biko und anderen und organisiert rund um die Hashtags #RhodesMustFall, #OpenStellenbosch, #UPrising, #TransformWITS, die Schwarze Studentenbewegung Black Student Movement (BSM) und die Facebook-Seite Universities in South Africa – Decolonising the Mind, forderten Studierende unter anderem das Ende eurozentrischer Lehrpläne, das Entfernen kolonialer Statuen, das Umbenennen von Gebäuden, die

Politiker der Apartheid ehren, die Transformation des nach wie vor hauptsächlich Weißen Lehrkörpers und letztlich eine neue Universitätskultur, die allen nicht nur gleiche Chancen auf Bildung verspricht, sondern auch allen die Teilnahme an ihr ermöglicht. Die Kritik zielte insbesondere auf die psychosozialen und intellektuellen Ausschlüsse, welche die kulturelle Dominanz von Weißsein befördern.

Student\_innen haben die ungeschriebenen Grenzen dessen, was seit 1994 als sagbar galt, binnen eines Jahres radikal verschoben. Erstmals wurden «Schwarz» und «Weiß» und die dazugehörigen Realitäten als solche benannt (z. B. die vielen oft unausgesprochenen Privilegien, die in Verbindung mit dem «Weißsein» stehen). Begriffe also, die in der Tradition des Non Racialism und der Rainbow-Idee als trennend verpönt waren. Plötzlich wurde der öffentliche Diskurs von mehrheitlich Schwarzen Student\_innen vorangetrieben und Konzepte wie Schmerz und Ärger der Schwarzen Bevölkerung und die Ignoranz Weißer Menschen waren plötzlich überall greifbar.

### **«OLD SCHOOL»: STUDIERENDENPROTEST 1.0**

In dieser hochpolitisierten Phase wurde im Oktober 2015 der Hashtag #FeesMustFall publik, und Student\_innen besetzten die WITS. Die Sicherheitsarchitektur der Zäune und der kontrollierten Tore der Universität wurde gegen diese selbst gewendet: Der Campus bleibe besetzt, bis die Leitung die angekündigte Gebührenerhöhung von zehn Prozent für 2016 zurücknehme, hieß es. Innerhalb von wenigen Tagen solidarisierte sich die Mehrheit aller Universitäten in einem nationalen Shut-Down-Day. Nachdem Student\_innen in Kapstadt von den Stufen des Parlaments geprügelt worden waren, marschierten die Studierenden von Johannesburg zur Parteizentrale des ANC. Der Kampf gegen eine Erhöhung der Gebühren, der sich ursprünglich an die Universitätsleitungen gewandt hatte, richtete sich nun gegen die Regierung: Freie Bildung für alle! Der Protestmarsch zum Regierungssitz in Pretoria drei Tage später war die größte Demonstration zu den Union Buildings seit 1994. Unter diesem Druck ließ Präsident Zuma die Aussetzung der Erhöhungen für ein Jahr verkünden. Doch damit ließen sich die Student\_innen nicht abspeisen: Sie protestierten weiter. Bereitschaftspolizei, Wasserwerfer, Tränengas und Gummigeschosse jagten die Student\_innen aus den Terrassengärten Pretorias. Das war Protestwoche eins, Mitte Oktober 2015. Eine Woche, die die Akademiker\_innen spaltete: Die Mehrheit fand das Verhalten der Studierenden, bei allem Verständnis für ihre Sorgen und Nöte, unmöglich, insbesondere die militanten Aktionen. Andere begannen mit praktischer Solidaritätsarbeit: von täglicher Massenverköstigung, Spendenaufrufen, Medienarbeit, juristischem und medizinischem Beistand bis hin zur Lieferung von Decken, Tampons und Toilettenpapier. Die Verschiebung der internen Machtverhältnisse des Protests 1.0 der ersten Woche manifestierte sich im Verlassen des Campus, um zu Regierungspartei und Regierungssitz zu marschieren, und in der Radikalisierung der politischen Forderungen. Offiziell war der Protest 1.0 zwar überparteilich, faktisch wurde er aber von der ANC-nahen Studentenvereinigung geführt. Das Studierendenparlament (Student Representative Council, SRC) wurde nach Absetzung ihres männlichen Sprechers durch die Universitätsleitung von zwei Frauen geleitet. Die beiden Studierendenvertreterinnen bildeten gemeinsam mit dem ehemaligen Sprecher der Studierendenvertretung sowie einem Vertre-

ter der Oppositionspartei EFF (Economic Freedom Fighters) das Führungsgremium des Protests. Doch sie hielten an der repräsentativen Demokratie fest und verhinderten basisdemokratische Plena. Auffallend war die enorme Präsenz von weiblichen Studierenden – und das lag nicht nur daran, dass zwei Frauen die gewählten Studentenvertreterinnen waren und sich prominent mit weiblicher «Garde» links und rechts präsentierten. Die Studentinnen hatten den Hashtag #MbokodoLead erstellt,<sup>3</sup> um sich angesichts der mächtigen Gefolgschaft des vorherigen charismatischen männlichen Studentenführers zu organisieren.

## **STUDIENDENPROTEST 2.0:**

### **DAS RINGEN UM EINE NEUE PROTESTKULTUR**

Am zweiten Wochenende an der besetzten WITS, nach einer Woche der Radikalisierung und massiver staatlicher Repression, die für viele Studierende die erste Konfrontation mit der Staatsgewalt war und für viele Eltern un gute Erinnerungen an ihre Zeit des Kampfes gegen den Apartheidsstaat und seine Polizeigewalt hochkommen ließ, wurde deklariert: «Student Movement 1.0 is over.» Dies war zum Teil auch dem allgegenwärtigen Hashtag #Patriarchymustfall zu verdanken.

Zu Beginn dominierten die nach wie vor weitverbreiteten hierarchischen Führungsstrukturen den Protest, wenn auch zum Teil «modernisiert» durch weibliche Vertreterinnen. In einem kleinen Führungskollektiv wurden Analysen vorgenommen und Entscheidungen getroffen. Der immer lauter werdende Ruf nach einer basisdemokratischen Studierendenversammlung, die anstelle der Anführer\_innen die Entscheidungen trifft, wurde ignoriert. Manche bringen das damit in Verbindung, dass sich die Studierenden schneller radikalisierten, als es den ANC-nahen Studentenvertreter\_innen lieb war. Die Regierungspartei musste einsehen, dass ihr die Felle davonschwammen. Die Veröffentlichung von geheimen Treffen zwischen Parteigrößen und offiziellen Studentenvertreter\_innen führte schließlich dazu, dass die Abkommen eben jener Vertreter\_innen mit den Universitätsleitungen abgelehnt wurden. Neue Protestformen entstanden, kleiner in der Form und radikaler in den Forderungen.

Etwa seit November 2015 ist der Protest horizontal in Arbeitsgruppen organisiert. Die Forderung, Putzkräfte und andere Arbeiter\_innen auf dem Universitätscampus wieder einzustellen und nicht länger in prekäre Arbeitsverhältnisse mit Subunternehmen zu zwingen, bleibt zentral – doch nun werden die Betroffenen in den Protest integriert. Gender und Race werden nicht mehr als Nebenwiderspruch behandelt. Vielmehr wird die Intersektionalität von Unterdrückung – sprich die Verschränkung und sich gegenseitig verstärkende Bedingtheit von Rassismus, Sexismus, Homophobie und ökonomischer Ungleichheit – erstmals als solche auch organisatorisch reflektiert. Frauen sind in den verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv, die Minderheit Weißer solidarischer Studierender ist präsent, hält sich aber zurück. Geschlechterverhältnisse und Heteronormativität bleiben umkämpftes Terrain, aber genau das ist Teil dessen, was diesen Protest neu ausrichtet. Die reale Demokratisierung und damit Radikalisierung hat auch ein gutes Stück damit zu tun, dass das traditionelle Führungszentrum des Protests von den Rändern her ausgefranst ist und neue Verbindungen zwischen Formen des Ausschlusses hergestellt werden. Genderdiskriminierung, Homophobie, Rassismus und sozioökonomische Ungleichheit gerieten gleichermaßen ins Zentrum der Kritik: Protest 2.0 eben.

## **«WIR VERSTEHEN UNSERE KINDER NICHT MEHR!»: HEGEMONIEVERLUST DER ELTERN-GENERATION**

Die anfangs brüske Ablehnung des Protests durch das Universitätsmanagement schlug gemeinsam mit der öffentlichen Meinung in strategisch-paternalistische Vereinnahmung um: «Wir lernen von euch – lasst uns reden!». Auch der ANC versuchte, sich die Bewegung einzuverleiben: Quasi über Nacht ließ die Partei T-Shirts mit ANC-Logo und dem «FeesMustFall»-Motto drucken, um diese auf der Demonstration gegen die Regierung zu verteilen. Letztlich aber wussten weder das Universitätsmanagement noch die Parteistrukturen mit der dezentralisierten, basisdemokratischen und damit natürlich auch heterogeneren und wesentlich langsameren Massenbewegung umzugehen. Nicht nur Parteien und Institutionen, auch die Medien waren auf charismatische Führungsfiguren angewiesen, mit denen die Massen in Schach gehalten werden und gute Bilder gemacht werden konnten. Diese Bewegung unterwanderte die Stellvertreterpolitik. Hier liegt eine Parallele zu den wilden Streiks der Bergarbeiter in Marikana 2012. Da es sich hier aber um junge Menschen handelte, die in urbanen Zentren unter stetiger Medienbeobachtung und äußerst aktiv in allen sozialen Netzwerken protestierten, verbot sich ein Massaker wie 2012.

Der Druck der nahenden Examenzeit half den Universitätsverwaltungen, die Universitäten wieder zu öffnen, unterstützt von einer Koalition aus privilegierten Weißen und zum Teil auch ärmeren Schwarzen Studierenden, die sich eine Verlängerung des Ausnahmezustands nicht leisten wollten oder konnten. Noch vor den Dezemberferien 2015 wurden Verhandlungsteams gebildet, Vereinbarungen getroffen, und alles schien befriedet.

Bei der Wiedereröffnung der Universitäten im Januar 2016 störten einige Vertreter\_innen der nun wesentlich kleineren Bewegung in Reaktion auf die Nichteinhaltung der im November/Dezember getroffenen Vereinbarungen durch das Universitätsmanagement die Einschreibungen an der WITS. Die Universität reagierte mit massiver Repression: Von einem Tag auf den anderen kontrollierten mehr als 300 private Sicherheitskräfte den Campus – insbesondere das Zentralgebäude der Geisteswissenschaften. Dies spaltete die akademische Gemeinschaft noch mehr – einige wollten unter diesen Umständen, die in der Logik von Militarisierung auch zu Racial Profiling<sup>4</sup> und sexistischen Übergriffen führte, nicht mehr arbeiten und drohten mit Streik. Andere fühlten sich gerade durch diese Maßnahmen geschützt und riefen Studierende, aber auch die mit den Studierenden solidarischen Kolleg\_innen zur Mäßigung auf. Die Gewaltdiskussion – was konstituiert Gewalt (strukturell, physisch, emotional, politisch), was konstituiert zivilen Ungehorsam, was Protest – kam immer wieder hoch. Manche Akademiker\_innen zogen in den Feuilletons schräge Vergleiche zur Adorno-Marcuse-Debatte 1968, während andere zunehmender Repression ausgesetzt waren (öffentliche Angriffe durch das Universitätsmanagement, geheimdienstliche Operationen wie das Einfrieren von Privatkonten, über die Spenden gesammelt wurden).

Im August 2016 fanden Kommunalwahlen statt. Der ANC verlor massiv an Stimmen und muss sich nun auf das in Südafrika weitgehend unbekannte Terrain der Koalitionsverhandlungen vorwagen. Die feine Trennlinie zwischen durchaus politisch motivierter Gewalt und progressiver Militanz als Form politischer Intervention wird immer brüchiger, nachdem es im Vorfeld der Wahlen sowohl zu Sachbeschädigungen als auch

zu politischen Morden gekommen war. Die Bereitschaft zu gewaltsamer Überschreitung nimmt zu. Dies ist der Kontext, in dem Studierende politisch aktiv sind. Das jüngste Abfackeln einer Bibliothek auf dem Campus der Universität Kwa Zulu Natal in Durban durch einige Studierende wird kritisiert, aber auch verteidigt: Wie können Machtstrukturen kritisiert werden, wenn Universitätsleitungen und Regierungsvertreter\_innen nicht bereit sind, zuzuhören oder Abkommen einzuhalten?

Als ich dieses Jahr eine politische Schulung mit dem ANCKabinett und dem Premierminister der Provinz Gauteng abhielt, war die Verzweiflung spürbar: «Unsere eigenen Kinder sind nur noch biologisch ANC, aber ideologisch stehen sie woanders», «Unsere eigenen Kinder wurden gegen die Hochschulpolitik des ANC protestierend verhaftet». Früher haben diese Politiker\_innen selbst gegen Studiengebühren protestiert.

Studierendenproteste gegen den neoliberalen Umbau der Universitätslandschaft im Post-Apartheid-Südafrika der frühen 1990er Jahre ließen sich damit verorten, dass kostenlose Bildung für alle ein langfristiges Ziel sei. Die Einführung eines studentischen Vertretungsmodells, das sich an parteinahen Organisations- und Finanzierungsformen orientierte, führte zu eindimensionalen Kämpfen ohne die Sprengkraft aktueller partei- und themenübergreifender Koalitionen. Diese finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern in einem globalen historischen Kontext, in dem überall Bewegungen – beispielsweise die autonome Frauenbewegung und queere Politik, Occupy und Black Lives Matter – entstehen, verschwinden und neu konfiguriert wieder auftauchen. Es ist die Geschichte der Entwicklung eines präfigurativen Politikverständnisses, das auf Veränderung (jenseits des Staatsapparates und seiner Parteiinstrumente) im Hier und Jetzt abzielt. Zentral hierbei ist Identitätspolitik und die Bereitschaft, eigene Positionierungen und Ambivalenzen mitzubersichtigen und dabei Machtverhältnisse anders als in einer einfachen Oben-Unten-Binarität zu denken.

Im Falle der südafrikanischen Studierendenproteste 2.0 ging es auch darum, eigene Involviertheit in Privilegiensysteme wahrzunehmen und die daraus resultierenden Widersprüche auszuhalten – also ja, Schwarz und arm, aber eben Mann – oder aber protestierender Student, aber eben an einer ehemaligen Weißen Universität und nicht an einem traditionell Schwarzen Technicon. In den Auseinandersetzungen um die eigene Situiertheit wie auch in der Analyse und Artikulation der gesellschaftlichen Misere ging es immer auch um affektive Politik, emotionale Arbeit und das Wechselverhältnis zwischen individueller Wahrnehmung und kollektiver Erfahrung in einem Feld struktureller Gewalt. Anders als die klassisch antikolonialen Bewegungen, die postkolonial auf eine Übernahme von traditionell politischen Sphären wie dem Staatsapparat abzielten, sind diese politischen Praktiken utopischer – und zugleich realer auf das Hier und Jetzt gerichtet. Dies führt zu einer Entfremdung, einer kulturellen Distanz zwischen den Generationen und ermöglicht andererseits neue Allianzen jenseits von Race innerhalb einer Generation. Kultureller Tabubruch ist Teil dieses Widerstandes, etwa im Hinblick auf einen vermeintlich automatischen Respekt vor dem Alter. «They are uncling us» (sie veronkeln uns) nennen Studierende den Paternalismus der älteren Generation. Dem optimistischen Begriff der «Born Free» als Bezeichnung für all jene, die nach 1994 geboren wurden und der auf die heute aktiven jungen Erwachsenen angewendet wird, wird mit der sarkastischen Frage «Frei von was?» begegnet: Wir sind weder frei von intergenerationell weitergereichten kollektiven Trau-

mata noch von ererbter Armut, noch von der Korruption einer politischen Klasse. Eingebunden in diese Kontroversen liegt eine unterfinanzierte, neoliberal aufgestellte Universitätslandschaft mit alten Riten und Wissenssystemen und doch modernem Selbstbild. Es sind diese Disparitäten, die die Studierendenproteste aufgegriffen und sichtbar gemacht haben.

Was hat es gebracht? Darauf gibt es widersprüchliche Antworten. Im September 2016 wurde die WITS erneut besetzt. Nicht nur mein Department hat alle Veranstaltungen abgeblasen. Der Vorschlag der Regierung, für 2017 «nur» eine Erhöhung der Studiengebühren um acht Prozent zuzulassen, wurde mit «Verschwendet nicht unsere Zeit – wir fordern nachhaltig tragbare Lösungen, die zu freier Bildung führen» beantwortet. Im Protest hat sich eine ganze Generation intellektuell, aber auch ganz praktisch politisiert. Die Universitäten sind schwer beschädigt, da der Finanzausfall nicht durch den Staat aufgefangen wird und dies zu einer langfristigen Zerstörung akademischer Bildung in Südafrika führen kann. Die hässliche Seite von parteipolitischer Vereinnahmung wurde entblößt und eine neue Protestkultur hat sich etabliert, die auf die ganze Gesellschaft und auf zukünftige Proteste abfärben wird.

Die Konsequenzen für all die erwähnten Bereiche lassen sich noch nicht absehen; hier hat ein soziopolitischer Prozess begonnen, der noch nicht abgeschlossen ist. Was sich mit Sicherheit sagen lässt, ist, dass die so lange unterdrückten Themen wie Alltagsrassismus, Weiße Dominanz, kulturell legitimierter Sexismus, breite Verarmung und Ausschlüsse aller Art endlich in ihrer gegenseitigen Bedingtheit benannt worden sind und nun als solche diskutiert werden. Die Grenzen des Sagbaren werden neu verhandelt – und doch verbleibt diese politische Praxis, die auch Identitätspolitiken und den Angriff auf symbolische und sprachliche Konfigurationen einbezieht, nicht zahnlos abstrakt, sondern bezieht die materielle Basis der den Protest vorantreibenden Subjekte mit ein. Gerade das wird diesen politischen Prozess auf lange Sicht wirkmächtig machen.

Prof. Dr. Antje Schuhmann lehrt und forscht als Professorin der Politikwissenschaften und im Zentrum für Diversity Studies an der Witwatersrand Universität in Johannesburg. Ihr Fokus liegt auf postkolonialen feministischen und queeren Studien, kritischer Rassismusforschung und intersektionalen, inklusiven Praktiken transdisziplinärer Lehre. Letzte Buchveröffentlichungen: «Blackness and Sexualities» (2007) und «Gaze Regimes. Film and Feminisms in Africa» (2015).

<sup>1</sup> Department of Higher Education and Training: Report of the Ministerial Committee for the Review of the Funding of Universities, Pretoria 2014, unter: [www.dhet.gov.za/SiteAssets/Latest%20News/Report%20of%20the%20Ministerial%20Committee%20for%20the%20Review%20of%20the%20Funding%20of%20Universities.pdf](http://www.dhet.gov.za/SiteAssets/Latest%20News/Report%20of%20the%20Ministerial%20Committee%20for%20the%20Review%20of%20the%20Funding%20of%20Universities.pdf) <sup>2</sup> Technicons bieten praxisorientierte Diplomstudiengänge und Abschlüsse im technischen Bereich an. Sie werden mehrheitlich von Schwarzen Studierenden besucht. <sup>3</sup> Mbokodo hieß einerseits der ANC-interne Geheimdienst, andererseits referiert der Ausdruck auf ein Sprichwort, das Frauen mit Felsen gleichsetzt. Sinngemäß: Schlägst du die Frauen, ist es, als ob du einen Felsen schlägst. <sup>4</sup> Racial Profiling ist diskriminierendes Verhalten bei Personenkontrollen: Es werden z. B. nur Schwarze Menschen kontrolliert.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 26/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: September 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling